

Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt

Menschen, die in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, werden regelmäßig brutal zusammengeschlagen. Das ist eine furchtbare Tatsache. Den Opfern rassistischer Gewalt soll deshalb Schutz und Hilfe zuteil werden. Die Bundesregierung hat sich diesem Ziel verpflichtet. Die Potsdamer Landesregierung hat die Unterstützung für Opfer zur Querschnittsaufgabe gemacht und erwägt, den Opferschutz in der Verfassung zu verankern.

So richtig dies alles ist, in der harten Lebenswirklichkeit der Betroffenen ist davon wenig zu spüren. Als AsylbewerberInnen sind sie zu einem Dasein außerhalb der Gesellschaft verurteilt. Sie dürfen den ihnen zugewiesenen Wohnort nicht verlassen, um Begegnungen mit den Tätern zu vermeiden. Die Entschädigung, die Gewaltopfern zusteht, wird von ihrem Aufenthaltsstatus abhängig gemacht. Eine Lebensperspektive, die eine Verarbeitung traumatischer Erfahrungen ermöglichen könnte, haben sie nicht. Für die allermeisten besteht die Zukunft nach einem rechtsextremen Überfall im Warten auf die Abschiebung. Opfer rassistischer Gewalt wissen, dass die Täter sie aus Deutschland vertreiben wollen. Dass sie dann vom Staat, der sie vor Gewalt nicht schützen konnte, aus dem Land geschafft werden, ist das falsche Signal – an die Opfer und die Täter. Es geht nicht um Einzelfälle, sondern um eine Verwaltungsroutine, die von der Landesregierung sanktioniert ist. Das muss sich ändern. Opfer rassistischer Gewalt müssen ein Bleiberecht erhalten. Opferperspektive e.V.



Protest gegen Abschiebungen in Potsdam

Foto: Umbruch-Bildarchiv

FOKUS

Bürgerprotest für Bleiberecht

Am 23. Mai versammelten sich 80 BürgerInnen zu einer Mahnwache vor dem Asylbewerberheim in Rathenow, um gegen die Abschiebung von neun TogoLesInnen zu protestieren. Der Bundesgrenzschutz, der die AsylbewerberInnen abholen sollte, kehrte wieder um. Ein beispielhafter Akt der Solidarität – und ein Hoffnungsschimmer für Orabi Mamavi. Zwei Mal ist der TogoLe in Rathenow von Rechtsextremisten zusam-

mengeschlagen worden. Um ein Bleiberecht für ihn zu erreichen, schrieben hunderte BürgerInnen an die Landesregierung. Kirchenkreise, Ausländerbeauftragte und der Flüchtlingsrat schlossen sich dem Protest an. Das Oberverwaltungsgericht entschied nun, dass Orabi Mamavi bleiben darf, bis sein Asylfolgeverfahren abgeschlossen ist. Ein Erfolg, aber wieder nur ein Aufschub.

Siehe Seite 2: Fokus

MONITOR

Zahl rechtsextremer Gewalttaten gleichbleibend hoch

Die Opferperspektive hat für das erste Halbjahr 2003 mit 54 Angriffen im Land Brandenburg eine exakt gleich hohe Zahl rechtsextremer Gewalttaten wie im Vorjahreszeitraum registriert. Von den Angriffen waren 76 Personen direkt betroffen, davon etwa ein Viertel Flüchtlinge und MigrantInnen. Über die Hälfte der Opfer waren Deutsche, viele von ihnen Jugendliche. Dass die Statistik kein Tötungsdelikt ausweist, bedeutet nicht,

dass die Gewalt von Rechtsextremisten kein Todesopfer forderte. Am 29. März quälten drei wegen NS-Propaganda vorbestrafte Männer in Frankfurt (Oder) den Punker Enrico S. mit einem Messer und Wurfpielen zu Tode. Inwiefern die Tat rechtsextrem motiviert war, ist in dem laufenden Strafverfahren noch nicht geklärt.

Siehe Seite 3: Monitor

INHALT

FOKUS Bleiberecht für Opfer rassistischer Gewalt

MONITOR Viele rechtsextreme Angriffe werden nicht angezeigt

AKTIV Karikaturen gegen rechte Gewalt

RANDSPALTE 17-Jähriger krankenhaushausreif geprägt

Die volle Härte des Gesetzes

Politik und Verwaltung könnten vieles tun, um Opfern rassistischer Gewalt zu helfen

Opfer schwerer Gewalttaten leiden oft unter Angstzuständen, Schlafstörungen und Depressionen. Gelingt es nicht, diese Verletzungen zu überwinden, kann sich eine posttraumatische Belastungsstörung herausbilden, die nur durch eine langfristige Therapie bearbeitet werden kann. Für den Therapieerfolg sind stabile Lebensverhältnisse, soziale Bindungen und Zukunftsperspektiven die Voraussetzungen. Asylbewerber haben es deshalb besonders schwer, Gewalterfahrungen zu verarbeiten. Das Leben, in das sie zurückkehren könnten, empfinden sie oft als ein Kontinuum von Ausgrenzung, das die erlittene Gewalt zu bestätigen scheint.

Durch die strengen Gesetze bedingt, wird eine erdrückende Mehrheit der Asylbegehren abgelehnt. Dadurch leben mindestens 200.000 Flüchtlinge in einem rechtlichen Niemandsland, die meisten bereits über fünf Jahre: Sie werden "geduldet", bis sie abgeschoben werden können. In abgelegenen Heimen untergebracht, dürfen sie weder arbei-

ten, noch haben sie Anspruch auf reguläre Sozialhilfe. Den ihnen zugewiesenen Landkreis dürfen sie nicht verlassen.

Was für die Behörden Routine ist, stellt für die Betroffenen eine unzumutbare Härte dar, so die einhellige Meinung der Kirchen und Gewerkschaften, von Juristenvereinigungen und Wohlfahrtsverbänden, die mit Pro Asyl eine Bleiberechtsregelung fordern.

Verwaltung und Justiz könnten vieles tun, um Opfern rassistischer Gewalt, die in diesen Verhältnissen leben müssen, zu helfen; umso deprimierender ist es, wenn sie die Folgen der Gewalt noch verschlimmern. Geradezu verheerend etwa wirkt es auf die Opfer, wenn Behörden und Gerichte ihre psychischen Erkrankungen bestreiten. Regelmäßig werden fachärztliche Diagnosen von in der Materie völlig unqualifizierten BeamtInnen als Gefälligkeitsgutachten gewertet. So klagte Ziad A., der seit einem rechtsextremen Angriff depressiv und suizidgefährdet ist, auf Verlängerung seiner Duldung. Für das Berliner Verwaltungs-

gericht aber war "nicht erkennbar, warum diesbezüglich eine weitere ärztliche Behandlung im Bundesgebiet notwendig ist, zumal als Genese der posttraumatischen Belastungsstörung ein Überfall durch Rechtsradikale in Deutschland geschildert wird und deshalb der Umstand weiteren Verbleibens gerade hier der Therapie nicht förderlich sein dürfte."

Die Politik könnte sicherstellen, dass die Opfer rassistischer Gewalt Unterstützung erfahren. Umso deprimierender ist es, wenn auch die menschenverachtendsten Verwaltungsakte für Recht befunden werden. Khaled B., der die Hetzjagd von Guben überlebte, bei der Farid Guendoul ums Leben kam, wurde eine Aufenthaltsbefugnis mit der Begründung verweigert, durch seine Traumatisierung werde er nicht in der Lage sein, sich zu integrieren. Als der Brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm deshalb unter massiven Druck geriet, dem Opfer ein Bleiberecht zu gewähren, erklärte er schlicht: Der Fall wird "nach den Maßgaben von Recht und Gesetz gehandhabt." Dass Opfer die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen, ist bislang die gängige Praxis in Brandenburg. Der Innenminister, Landesvorstand einer christlichen Partei, dokumentiert dies eindrücklich, indem er Familien durch Polizeigewalt den Kirchengemeinden entreißen lässt, die ihnen Asyl gewähren.

Die Kirchen, der Flüchtlingsrat und das vom Land initiierte Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wollen dem Innenministerium seit Jahren eine beratende Härtefallkommission zur Seite stellen. Aber anders als in Berlin und Schwerin, wo solche Gremien längst bestehen, hält man in Potsdam die Nöte der Betroffenen für eine Bundesangelegenheit.

Im Juli 2003 kündigte Justizministerin Barbara Richstein an, den Opferschutz weiter auszubauen und sprach gar von einem "Paradigmenwechsel." Das ist dringend erforderlich, und es ist möglich: Eine Aufenthaltsbefugnis für Orabi Mamavi, der zwei Mal von Rechtsextremisten zusammengeschlagen wurde, wäre ein notwendiges Zeichen. Ein Paradigmenwechsel wäre es, wenn das Land den Opfern rassistischer Gewalt durch eine Bleiberechtsregelung die Sicherheit und den Schutz gewährte, die ihnen bislang regelmäßig verwehrt werden.

Hoffnung für Orabi Mamavi



Orabi Mamavi und seinen FreundInnen droht die Abschiebung Foto: Klaus Rietschel

Neun Jahre lebt Orabi Mamavi bereits im Asylbewerberheim in Rathenow. Zwei Mal wurde der 41-Jährige von Rechtsextremisten zusammengeschlagen, zuletzt erlitt er im Dezember 2002 durch Schläge ins Gesicht eine Augenverletzung. "Geh zurück in Dein Land!" hatte der Angreifer gerufen. Eine für den 24. Juli festgesetzte Abschiebung konnte durch Proteste verhindert werden. Kurz vor dem nächsten Termin entschied das Verwaltungsgericht am 1. September, der Asylbewerber dürfe bis zum

Abschluss eines Asylfolgeverfahrens bleiben. Weiterhin blickt Orabi Mamavi in eine ungewisse Zukunft. Seit den rechtsextremen Überfällen leidet er unter Depressionen und Alpträumen. Zudem hat er große Angst, nach einer Abschiebung verhaftet und gefoltert zu werden. Die Ausländerbehörden haben der togolesischen Botschaft seinen Mitgliedsausweis einer Oppositionspartei übersandt. Die Opferperspektive und zahlreiche BürgerInnen setzen sich für ein Bleiberecht ein.

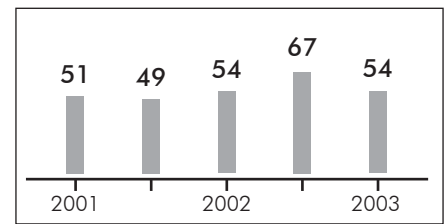
Zahlreiche rechtsextreme Überfälle werden nicht angezeigt

Die meisten rechtsextremen Gewalttaten registrierte die Opferperspektive im ersten Halbjahr 2003 im Havelland, der Uckermark und in Potsdam. Es wäre aber verfehlt, diese Landkreise generell als Zentren rechtsextremer Gewalt zu bezeichnen. Die Zahlen erklären sich teilweise mit regionalen Schwerpunkten der Opferperspektive: Durch eine intensive Arbeit mit potenziell Betroffenen und lokalen Kooperationspartnern erfuhr der Verein in diesen Landkreisen von Angriffen, die öffentlich nicht bekannt waren. In Potsdam muss eine deutliche Zunahme rechtsextremer Gewalttaten konstatiert werden. Im vergangenen Herbst wurden in einem Zeitraum von drei Monaten neun Angriffe verzeichnet, in den ersten zehn Monaten dieses Jahres schlugen Rechtsextremisten in der Landeshauptstadt bereits 15 Mal zu, mehr als während des gesamten Jahres 2002. Ein besonders brutaler Angriff ereignete sich am Morgen des 23. März: Drei Rechtsextremisten schlugen einen Jugendlichen am Bahnhof Rehbrücke

mit einem Schlagstock nieder. Sie drückten eine Zigarette in seinem Gesicht aus und legten ihn, er hatte einen doppelten Nasenbeinbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten, auf ein Bahngleis. Der einfahrende Zug hatte glücklicherweise Verspätung.

Alternative Jugendliche werden in Potsdam systematisch von Rechtsextremisten drangsaliiert. Das ergaben zwei Workshops und eine Interviewserie der Opferperspektive mit Betroffenen. Sieben Jugendliche berichteten, wie sie im Lauf dieses Jahres überfallen wurden, nur zwei hatten Anzeige erstattet. Zumeist haben die Opfer nur geringes Vertrauen in Polizei und Justiz.

Die Erfahrung, dass rechtsextreme Angriffe erst durch eine intensive Arbeit mit potenziell Betroffenen bekannt werden, konnte die Opferperspektive bereits in der Region Wittstock machen, wo Russlanddeutsche von zahlreichen Überfällen berichteten, die sie nicht angezeigt hatten. Im kommenden Jahr will die Opferperspektive bei flächendeckenden



Rechtsextreme Gewalttaten in Brandenburg pro Halbjahr

Workshops Jugendlichen die Möglichkeiten erklären, rechtsextremen Angriffen zu begegnen.

Angesichts der hohen Zahl rechtsextremer Angriffe und der Problematik nicht-angezeigter Straftaten warnt die Opferperspektive die Landesregierung davor, vorschnelle Schlüsse aus der Kriminalitätsstatistik zu ziehen. Im Jahr 2002 hatte das Innenministerium zunächst eine rückläufige Zahl rechtsextremer Gewalttaten veröffentlicht, diese dann aber nach öffentlichem Widerspruch der Opferperspektive nach oben korrigieren müssen.

AKTIV

Deutschkunde - Karikaturen gegen rechte Gewalt

Rund fünfzig Gäste kamen am 20. Oktober 2003 in Frankfurt (Oder) zur Eröffnung der Karikaturenausstellung "Deutschkunde" im Friedrichsgymnasium. Durch eine Linie auf dem Fußboden wurden die BesucherInnen an die Ausstellung und ihr Thema herangeführt: Zeitungsmeldungen über rechtsextreme Überfälle, die SchülerInnen aus Lokalzeitungen ausgeschnitten hatten, reichten vom Eingang bis in den Ausstellungsraum im ersten Stock.

Rechtsextreme Gewalt ist kein leichtes Thema für SatirikerInnen. Die Ausstellung profitiert davon, dass die KarikaturistInnen – darunter so bekannte Namen wie Tom, Rauschenbach, Marunde – nicht allein tumbe Glatzen aufs Korn nehmen. Auch die scheinheilige Welt des braven Bürgers, selbst das gut gemeinte Engagement für Toleranz werden auf den 35 Tafeln mit bitterböser Ironie bedacht. Der Jugendverein Utopia e.V. hat die Ausstellung mit Hilfe der Schülergruppe "Die Schweißwarzen" ehrenamtlich produziert. Utopia betreibt in Frankfurt einen Jugendtreff, in dem neben Konzerten

und Sprachkursen auch Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt angeboten wird.

Der Karikaturist Berndt A. Skott zeigte sich bei der Vernissage beeindruckt von der "professionellen und liebevollen Arbeit der Jugendlichen". Zusammen mit Hubert Ostendorf, dem Geschäftsführer des Obdachlosenvereins "fiftyfifty" aus Düsseldorf, hatte er den Band "Deutschkunde" veröffentlicht, für den 81 KarikaturistInnen ihre Werke zur Verfügung stellten. Den Erlös aus dem Verkauf des Buches spendeten sie an die Opferperspektive.

Nach der erfolgreichen Premiere verleiht Utopia die Ausstellung nun kostenlos an Jugendclubs und Schulen. In Berlin, Neuruppin, Spremberg, Fürstenwalde, Köln und Krefeld wird "Deutschkunde" demnächst zu sehen sein. "Wir haben aus 80 Karikaturen diejenigen gewählt, die am stärksten Fragen aufwerfen und am meisten Diskussionsstoff bieten", erklärt Antje Simnack von Utopia ihr Konzept. Die Studentin hofft, dass LehrerInnen dem Beispiel ihrer Frankfurter

KollegInnen folgen und die Ausstellung im Unterricht verwenden. Dafür hält Utopia ein didaktisches Methodenset bereit, das die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule in Berlin für das Projekt zusammengestellt hat.

Ausstellungsinformationen:

www.indyoder.org

Buchbestellungen:

www.fiftyfifty-galerie.de



Paßmann

Am 5. März 2003 berichtete die Märkische Oder-Zeitung in einer Kurzmeldung, dass ein Jugendlicher in Neuruppin von zwei unbekanntenen Männern zusammengeschlagen wurde.

17-Jähriger krankenhausreif geprügelt

NEURUPPIN Zwei Männer haben einen 17-Jährigen in Neuruppin krankenhausreif geprügelt. Sie schlugen und traten mehrfach auf den Jugendlichen ein, sagte ein Polizeisprecher am Dienstag. Das Opfer erlitt Verletzungen am Oberkörper und am Oberschenkel. Eine sofort eingeleitete Fahndung nach den Tätern blieb erfolglos. (moz)

Der 17-jährige Steffen war am Abend des 3. März unterwegs, um einen Freund zu besuchen, als zwei Jugendliche – Bomberjacke, kurze Haare – auf ihn zukamen. Steffen versuchte zu fliehen, doch die beiden Skinheads holten ihn ein und schlugen ihn nieder. An seiner Kapuze zerrten sie Steffen zwischen zwei parkende Autos. "Scheiß-Zecke, wir bringen Dich um!", brüllte einer der beiden, dann schlugen und traten sie abwechselnd auf ihn ein. Zehn Minuten dauerte die Tortur, bis die Rechtsextremisten, wahrscheinlich erschreckt von den Rufen eines Anwohners, die Flucht ergriffen. Steffen trug Blutergüsse, Prellungen und Schürfwunden davon. Nach zwei Tagen konnte er das Krankenhaus verlassen. Die Täter wurden bald gefasst. Einer der beiden war noch jugendlich und blieb deshalb auf freiem Fuß. Der Polizei waren die Schläger bereits bekannt: Hitlergruß, eintätowiertes Hakenkreuz, Sieg-Heil-Rufe, Steinwürfe auf das lokale Aussiedlerheim. Am 25. Juni 2003 wurden sie vom Amtsgericht Neuruppin wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Zum Grund der Gewalt befragt, erklärte einer der Täter: "Dem Aussehen nach zu urteilen, war das ein Linker." Steffen hatte lange Haare und trug einen Kapuzenpulli.

Selbsthilfegruppe für Opfer

Angepöbelt wurden sie schon alle, die meisten mussten Schläge einstecken, einige wurden Opfer schwerer Gewalttaten. Für alternative Jugendliche in Potsdam ist die Bedrohung durch rechtsextreme Gewalt Alltag. Aber was tun gegen Nazis, wenn nicht mit der Faust? Das war das Thema von zwei Workshops im Jugendkulturzentrum "Archiv" im Juli und September 2003. Mit Claudia Luzar von der Opferperspektive und anderen ReferentInnen diskutierten die Jugendlichen Sinn oder Unsinn von Anzeigen, politische und rechtliche Möglichkeiten der Gegenwehr. 20 Betroffene haben nun eine Selbsthilfegruppe für Opfer rechtsextremer Gewalt gegründet. Email: selbsthilfegruppe_archiv@web.de

Die Mörder von Potzlow

Am 24. Oktober wurde vor dem Landgericht Neuruppin das Urteil gegen die drei Skinheads gesprochen, die den 16-jährigen Marinus Schöberl im vergangenen Juli im brandenburgischen Potzlow brutal ermordet hatten. Marco Sch. wurde zu 15 Jahren, sein Bruder Marcel zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt. Nur Sebastian F. kam mit einer Strafe von zweieinhalb Jahren davon. Er wurde bis zum Haftantritt entlassen. Als Marcel Sch. das Opfer zwang, in einen

Ungewisse Finanzierung

Seit 2001 konnte die Opferperspektive durch das Bundesprogramm CIVITAS die Hilfe für Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg stark ausbauen. Ab 2004 soll diese Förderung schrittweise durch andere Mittel ersetzt werden. Einen Teil will die Opferperspektive selbst aufbringen, der Verein hat aber auch eine Landesförderung beantragt. Justizministerin Frau Richstein hat erklärt, der Staat müsse sicherstellen, dass die Arbeitsfähigkeit der freien Träger der Opferhilfe auch in Zeiten knapper Kassen so wenig wie möglich leidet. Die Opferperspektive will um jeden Preis vermeiden, das Hilfsangebot für Opfer einschränken zu müssen. Dafür ist Unterstützung notwendig.

steinernen Trog zu beißen und ihm dann auf den Kopf sprang, habe sich Sebastian F. distanziert, so die Urteilsbegründung. Zuvor aber hatte er sich an den stundenlangen Quälereien beteiligt. Bevor sie ihn folterten, hatten die Täter Marinus Schöberl gezwungen zu sagen, er sei ein Jude. Die Freilassung des bekennenden Rechtsextremisten Sebastian F. stieß bei ProzessbeobachterInnen auf Empörung. Die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt.

IMPRESSUM



Die Opferperspektive ist eine mobile Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg. Opferperspektive e.V. ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Potsdam.

Im Rundbrief *Schattenberichte* stellt die Opferperspektive regelmäßig Informationen und Analysen aus der Arbeit mit Opfern rechtsextremer Gewalt vor. Ein Schattenbericht ist ein Dokument, in dem Nichtregierungsorganisationen ihre Kenntnisse mit offiziellen Berichten vergleichen, Mängel kritisieren, Informationen hinzufügen und Empfehlungen aussprechen. SpenderInnen erhalten *Schattenberichte* regelmäßig und kostenlos. Spenden sind steuerlich absetzbar.

**Spendenkonto: 350 202 3041
Mittelbrandenburgische Sparkasse
Potsdam
BLZ 160 500 00**

Herausgeberin: Opferperspektive e.V.
Lindenstraße 47, 14667 Potsdam
Telefon: 0171-1 93 56 69
Telefax: 01212-5-11 55 98 89
Email: info@opferperspektive.de
Internet: www.opferperspektive.de

V.i.S.d.P.: Jonas Frykman, Opferperspektive,
Lindenstraße 47, 14667 Potsdam

Druck: Hinkelstein-Druck,
Schreinerstraße 60, 10247 Berlin

Gestaltung: Sabine Steinhof
<www.rrita.de>

Die Herausgabe dieser Publikation wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms CIVITAS.

